

EUROPEAN PARLIAMENT

2004



2009

Haushaltsausschuss

2007/2163(BUD)

26.6.2007

ENTWURF EINES MANDATS

für das Konzertierungsverfahren zum Entwurf des Haushaltsplans 2008 vor der ersten Lesung im Rat

Haushaltsausschuss

Berichterstatter: Kyösti Virrankoski

N.B. Dieser Bericht über das Mandat wird im Anschluss an die Abstimmung im Haushaltsausschuss nicht dem Plenum vorgelegt.

Der Haushaltsausschuss,

- gestützt auf Artikel 272 des EG-Vertrags und Artikel 177 des Euratom-Vertrags,
- unter Hinweis auf die Interinstitutionelle Vereinbarung vom 17. Mai 2006 zwischen dem Europäischen Parlament, dem Rat und der Kommission über die Haushaltsdisziplin und die wirtschaftliche Haushaltsführung,
- unter Hinweis auf seine EntschlieÙung vom 24. April 2007 zur jährlichen Strategieplanung der Kommission für das Haushaltsverfahren 2008,
- unter Hinweis auf den Vorentwurf des Haushaltsplans (VEH) für 2008,

Allgemeine Aspekte des Verfahrens

1. erinnert daran, dass das Ziel der Konzertierung in erster Lesung zwischen dem Parlament und dem Rat darin besteht, eine erste Bewertung des von der Kommission vorgelegten Vorentwurfs des Haushaltsplans (VEH) vorzunehmen, und dass sie eine erste Gelegenheit bietet, das Terrain für andere Prioritäten vorzubereiten und eine angemessene Höhe der Zahlungen festzulegen;
2. weist darauf hin, dass sich der Inhalt dieses Mandats auf die EntschlieÙung des Europäischen Parlaments vom 24. April 2007 zur jährlichen Strategieplanung der Kommission für 2008 und die am 17. Mai 2006 zwischen dem Parlament, dem Rat und der Kommission geschlossene Interinstitutionelle Vereinbarung (IIV) über die Haushaltsdisziplin und die wirtschaftliche Haushaltsführung stützt;

Ergebnisorientierter Haushalt

3. verweist darauf, dass in der EntschlieÙung des Europäischen Parlaments zur jährlichen Strategieplanung der Kommission (JSP) für 2008 die Prioritäten des Parlaments für den Haushaltsplan 2008 dargelegt wurden und man sich dabei auf die Zielvorgaben stützte, die in den Verhandlungen über den mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) für den Zeitraum 2007 - 2013 verfolgt wurden;
4. unterstreicht, dass in der EntschlieÙung zur JSP der Kommission für 2008 auch die Bedeutung einer Reihe von strukturellen Faktoren bei der Vorbereitung und Präsentation des EU-Haushalts unterstrichen wurde; fordert anhaltende Bemühungen der Kommission mit dem Ziel, die Klarheit der Präsentation des Haushaltsplans dergestalt zu verbessern, dass der Haushalt den Bürgern transparenter entsprechend dem Ansatz der tätigkeitsbezogenen Budgetierung (ABB) präsentiert werden kann, bei dem die Ausgaben im Einklang mit den in Rechtsvorschriften festgelegten politischen Zielvorgaben gebracht werden; erwartet, dass der Rat dieses Ziel unterstützt;
5. stellt fest, dass die Kommission auf die vom Parlament in seiner EntschlieÙung zur JSP der Kommission für 2008 enthaltene Forderung nach Verbesserungen bei der Präsentation der Tätigkeitsübersichten, die dem VEH für 2008 beiliegen, reagiert hat; erwartet eine weitere Feinabstimmung dieser Übersichten in den kommenden Jahren; fordert den Rat auf, im Haushaltsverfahren 2008 seinen Ansatz zu den Tätigkeitsübersichten darzulegen;

6. verweist darauf, dass im VEH für 2008 unter der Obergrenze für Zahlungen eine Marge von 8.214 Mio.EUR verbleibt; ist der Auffassung, dass weitere Bemühungen um eine sorgfältige Haushaltsausführung die Argumente für eine Anhebung der Gesamthöhe der Zahlungsermächtigungen im endgültigen Haushaltsplan 2008 im Vergleich zu den im VEH 2008 vorgeschlagenen Beträgen stärken sollten; unterstreicht die Rolle des vor kurzem eingeführten Frühwarnsystems für die Verbesserung der Haushaltsausführung; ist der Auffassung, dass höhere Zahlungen und niedrigere RAL eine Folge des Frühwarnsystems für die Haushaltsausführung sein sollten; fordert, dass der Rat den Rückgriff auf das Frühwarnsystem zur Verbesserung der Haushaltsausführung und damit zur Anhebung der Zahlungsermächtigungen unterstützt;

Spezifische Fragen

7. stellt fest, dass die knappen Margen unter vielen Rubriken, wie sie im VEH 2008 und in der gegenwärtigen Finanzplanung für den Mehrjahresfinanzrahmen 2007 - 2013 vorgesehen sind, den Spielraum für eine Anpassung der Ausgaben entsprechend den sich entwickelnden Prioritäten der Haushaltsbehörde begrenzen; unterstreicht, dass ein „back-loading“ der Finanzrahmen von Mehrjahresprogrammen zu Schwierigkeiten bei der Finanzplanung im letzten Teil des MFR führen kann; fordert, dass die Kommission und der Rat ihre Standpunkte dazu darlegen;
8. unterstreicht die Bedeutung der eigenständigen Teilrubrik für marktbezogene Ausgaben und Direktzahlungen innerhalb der Rubrik 2 in Anhang I der IIV vom 17. Mai 2006; ist der Auffassung, dass die Integrität dieser Teilrubrik nicht durch die Modulierung eines Teils der Agrarausgaben infrage gestellt werden sollte; fordert, dass die Kommission diese Teilrubrik klarer präsentiert als im VEH 2008; wird die Entwicklung der Marge unter Rubrik 2 im Verlauf des MFR 2007 - 2013 weiterhin überwachen;
9. ist besorgt darüber, dass einige der Maßnahmen, mit denen eine „Vereinfachung“ bei der Organisation und der Verwaltung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) angestrebt wird, möglicherweise nicht die erwarteten Ergebnisse bringen; spricht ferner die Frage von Maßnahmen der Cross-compliance und der Belastung an, die sie möglicherweise dem Agrarsektor auferlegen; begrüßt die jüngsten Bemühungen der Kommission um Förderung des Einsatzes von Biokraftstoffen in der EU; fordert vom Rat im Kontext der Vorbereitung des Haushaltsplans 2008 weitere Informationen über seinen Ansatz bei diesen drei spezifischen Fragen;
10. erwartet, dass die Kommission dafür Sorge trägt, dass sie die Beträge für internationale Fischereiabkommen entsprechend den laufenden Verhandlungen in einem Berichtungsschreiben im Herbst aktualisiert;
11. stellt fest, dass im VEH 2008 für den GASP-Haushalt ein Betrag von 199,9 Mio. EUR an Verpflichtungsermächtigungen gefordert wird im Vergleich zu einem Betrag von 159,2 Mio. EUR im Jahre 2007; unterstreicht die Bedeutung anhaltender Bemühungen um eine Verbesserung der Transparenz sowie der im Vorfeld erfolgenden Kommunikation und Zusammenarbeit auf diesem Gebiet, wobei auf den Fortschritten aufzubauen ist, die im Kontext der Haushaltskonzertierung während der zweiten Lesung im November 2006 erzielt wurden, sowie der Arbeit der Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2007; wird im Zuge der Vorbereitung der ersten Lesung des Parlaments zum Haushaltsplan 2008 weiter über die angemessene Höhe an Mitteln in diesem Bereich

nachdenken und würde eine möglichst umfassende Unterrichtung durch den Rat über den künftigen Haushaltsbedarf begrüßen;

12. nimmt die Trilog-Sitzung vom Dienstag, 19. Juni, und die Schritte zur Kenntnis, die in Richtung auf die Festlegung eines möglichen Ansatzes für die Finanzierung des Europäischen Technologie-Instituts (ETI) ergriffen wurden; ist in dieser Hinsicht der Auffassung, dass etwaige Mittel, die zur Finanzierung des ETI aus Rubrik 2 des MFR abgezogen werden sollten, der Marge entnommen werden sollten, die für nichtobligatorische Ausgaben verfügbar ist, ohne dass die vereinbarten Finanzrahmen von Mehrjahresprogrammen gekürzt werden, und dass sie somit nicht die Teilrubrik für marktbezogene Ausgaben und Direktzahlungen beeinträchtigen sollten; fordert, dass die tatsächlichen Verwaltungskosten des ETI aus Rubrik 5 des MFR finanziert werden;
13. bekräftigt mit Blick auf die Entschließung des Parlaments vom xx Juni 2007, dass es einen gemeinschaftlichen Ansatz zur Bewältigung der Herausforderungen wünscht, die sich bei der Finanzierung des Projekts Galileo stellen; erwartet mit großem Interesse neue Vorschläge der Kommission und erwartet seine umfassende Einbeziehung in die nächsten Stufen der Debatte über die Finanzierung von Galileo;
14. unterstreicht die Bedeutung eines hohen Grads der Ausführung bei den Strukturfonds, insbesondere in den jüngsten Mitgliedstaaten (EU 12); wünscht die Unterstützung des Rates bei dem Bemühen, dafür Sorge zu tragen, dass die EU den bestmöglichen kollektiven Nutzen aus den Strukturfonds zieht, um der Infrastruktur und der Wettbewerbsfähigkeit Europas für die Zukunft Dynamik zu verleihen;
15. erwartet, dass die Verpflichtungen, die auf dem G8-Gipfel in Heiligendamm vom 6. - 8. Juni eingegangen wurden, insbesondere was die Bekämpfung des Klimawandels betrifft, zu einer Aufstockung der Haushaltsmittel führen;
16. fordert die Kommission und den Rat auf, zusätzliche Informationen über diese Frage zu liefern; fordert außerdem zusätzliche Informationen über den wahrscheinlich steigenden Bedarf an Haushaltsmitteln für Palästina und den Kosovo im Vergleich zu den im VEH 2008 beantragten Beträgen;
17. begrüßt das von den Dienststellen der Kommission im Anschluss an die vom Parlament in den Haushaltsverhandlungen 2007 erhobenen Forderungen durchgeführte Screening; erwartet von der Kommission weitere Informationen über einen ehrgeizigeren Umfang der Personalumschichtung in den kommenden Jahren; will vom Rat wissen, wie er beabsichtigt, auf das von der Kommission durchgeführte Screening zu reagieren;
18. fordert im Hinblick auf die dezentralen Agenturen und Exekutivagenturen, dass die Kommission eine umfassende und klare Präsentation des tatsächlichen Personalbestands in sämtlichen dieser Einrichtungen liefert, einschließlich aller auf Dauer beschäftigten Bediensteten, auf Zeit beschäftigten Bediensteten und Vertragsbediensteten; ist der Auffassung, dass die tatsächlichen Verwaltungskosten im VEH klar dargelegt werden und unter der Rubrik 5 „Verwaltung“ ausgewiesen werden sollten; verweist darauf, dass eine umfassende Kosten-Nutzen-Analyse von grundlegender Bedeutung ist, ehe die Errichtung einer neuen Exekutivagentur vereinbart werden kann; ist der Auffassung, dass ein „Ausgleichssatz“ festgelegt werden sollte, um Leitlinien für die Zahl der Stellen festzulegen, die in der „Mutter“-Generaldirektion gestrichen werden sollten, wenn eine Exekutivagentur geschaffen wird, die Aufgaben wahrnehmen soll, welche ursprünglich in die Verantwortung dieser betreffenden Generaldirektion fielen, und dass

dies ein Element eines revidierten Verhaltenskodex zu den Exekutivagenturen bilden könnte;

19. stellt fest, dass bei Pilotprojekten (PP) und vorbereitenden Maßnahmen (VM) im VEH 2008 sämtliche vom Parlament verabschiedeten Mittel für die verfügbaren Margen unter den jeweiligen Rubriken zahlen; bedauert, dass die bereits engen Margen in einigen Rubriken somit den Handlungsspielraum des Parlaments einschränken; verweist darauf, dass in der IIV vom 17. Mai 2006 eine erste Debatte über die PP und VM in der Konzertierungssitzung während der ersten Lesung im Rat vorgesehen ist; weist darauf hin, dass das Parlament alle erdenklichen Bemühungen unternehmen wird, um sich konstruktiv in eine solche Debatte einzubringen;

*

* *

20. erteilt seinem Berichterstatter für den Haushaltsentwurf 2008 den Auftrag, die Verhandlungen mit dem Rat auf der Grundlage dieses Textes zu führen.